

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6,00, monatlich 2,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 48  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengetragene Postzeit oder deren Raum 90 Dlg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Dlg., unwichtige Anzeigen 30 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Donnerstag, den 12. Februar 1920.

27. Jahrg.

## Die französische Politik.

Von Dr. J. P. Buch.

Wenn einmal die Zeit kommt, in der die Akten über die französische Politik vor, in und nach dem Kriege, öffentlich bekannt gemacht werden, dann wird man einsehen lernen, gerade bei der Arbeiterklasse, die zum Teil noch über die ungeheure Schuld Frankreichs im Unklaren gelassen wird, daß dort in mindestens gleichem Maße, wie früher im kaiserlichen Deutschland, die großen Hemmungen gegen eine internationale Friedenspolitik gelagert sind, und daß dort der Boden für eine Verständigung der Klassen wie der Nationen so ungünstig ist, wie nur irgendwo. Innere und äußere Politik Frankreichs waren von jeher auf die geringe Sensationslust und die bürgerliche Nachromantik eines ungeistigen Nationalismus eingestellt. Der mit der glänzenden Dialektik und den großen Ausdrucksfähigkeiten des romanischen Menschen aufgeputzte Nationalstolz hat hier schon immer seine stärksten Nebentreibungen und Entartungen erfahren. Er hat nicht erst seit Clemenceaus Triumph seine Orgien gefeiert. Seine Kräfte wurzeln tiefer, nicht so sehr in den kriegspolitischen Erfolgen der Gegenwart, als vielmehr in der geistigen Veranlagung des französischen Bourgeois. Der Typus des klein-kapitalistischen Rentners, den das moderne Frankreich in geradezu klassischer Vollendung hervorgebracht hat, bestimmt das Wesen der gesamten Staatspolitik der Franzosen. Frankreich ist das Land, das, als Ganzes betrachtet, am tiefsten von dem Geist des materialistischen Zeitalters erfaßt ist. Sein Gesicht ist reaktionär, viel mehr, als es nach seiner verfassungsmäßigen Konstruktion den Anschein hat. Nach innen sind es die Geldsachinteressen und das zähe Kleben an den Pfunden des Besitzes, die sich gegen die Absichten einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neuordnung erheben. In keinem anderen Lande, wo die gleichen sozialen Bedingungen gegeben sind, wäre es möglich gewesen, mit der Parole eines Zusammenschlusses des nationalen Bürgertums gegen den Sozialismus einen so durchschlagenden Wahlerfolg zu erzielen, wie es Clemenceau bei den letzten Kammerwahlen fertig brachte. Es wäre völlig verkehrt, diesen Erfolg der Politik Clemenceaus ganz auf das Konto des eben errungenen Sieges zu legen. Die inneren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Frankreichs sind ungeachtet der Tatsache des Sieges der Alliierten so vermischt, wie die des besiegten Gegners. Entscheidend für die politische Haltung der Nation blieb die Angst vor dem Sozialismus! Sie hat im wesentlichen den Zustrom in den nationalen Bloß des Bürgertums verursacht. Die innere Politik Frankreichs stützt sich ganz auf die Fundamente der plutokratisch-demokratischen Interessenvertretung und der Abneigung des französischen Bourgeois gegen die Ziele des Sozialismus. Die offizielle Unterstützung dieser Rentnergegnung, die kein materielles Opfer zu Gunsten der Gesamtheit anerkennt, geht so weit, daß man es nicht wagt, durch Besteuerung des Besitzes die miserablen Finanzen in Ordnung zu bringen, sondern sich der Illusion hingibt, das geschlagene Deutschland und sein im Friedensvertrag von Saint Germain festgelegter Bürge Deutsch-Oesterreich werden alles zahlen. Ohnmächtig und durch unüberbrückbare Klüften getrennt, ist gegen diese Reaktion jenes andere und erhabene Frankreich, das in einem Politiker, wie Longuet, und in Künstlern, wie Romain Rolland und Barbusse, seinen stärksten Ausdruck findet.

Auch die französische Außenpolitik wird von der gleichen Grundstimmung aus getragen. Ihr reaktionäres Gepräge ist unverkennbar. War die deutsche Machtpolitik im wesentlichen auf den militärischen Prestigezustandpunkt gegründet, so ist die französische auf einen rein gefühlsmäßigen Nationalismus hin gestimmt. Die politische Richtung, die seit Jahren die französische Politik entscheidend beeinflusst, hat nach außen hin als einzig deutlich erkennbares Prinzip den Haß gegen Deutschland großgezogen und zwar nicht erst seit der Verwüstung Nordfrankreichs und der herausfordernden Haltung der deutschen Regierung in den Krisentagen des Juli 1914, sondern seit der Wende des 19. Jahrhunderts, als Delcasse und später Clemenceau ans Staatsruder gelangten, und als das Hauptziel ihrer politischen Bestrebungen den Revanchekrieg ganz offen bezeichneten. Das Pharisäertum, das ein Clemenceau jetzt damit beweist, daß er auf der Bestrafung des allein schuldigen Deutschland wegen seines Weltverbrechens besteht, wird genügend entlarvt, wenn man sich der politischen Aeußerungen dieses Edelshauwintlers aus der Zeit vor dem Kriege erinnert. Wie himmelweit Männer jenes Schlages von der Gesinnung entfernt sind, die wir als unerlässliche Vorbedingung für die Verwirklichung jeder Völkerverständigung betrachten müssen, das geht aus Clemenceaus Worten hervor, die für die herrschende politische Denkrichtung Frankreichs sehr bezeichnend ist: „Wenn ich ein Unrecht begangen habe, dann habe ich es für Frankreich getan.“

Solange in Frankreich der politische Wille solcher eingeleiteten Nationalisten herrscht, der von der Volksmehrheit gestützt wird, werden wir von hier aus keine Verständigungspolitik zu erwarten haben. Was die französischen Machthaber gegenwärtig leisten, in dem sie jede wirtschaftliche Unterdrückungspolitik Deutschlands sabotieren, obwohl sie damit selbst ihr eigene wirtschaftliche Stellung untergraben, das

steht dem blindesten alldeutschen Fanatismus würdig zur Seite. Dies muß ganz klar ausgesprochen werden, gerade gegenüber jenen Deutschen, die diese französische Politik gegenüber Deutschland als gerecht empfinden, weil sie in ihrer Verbohrtheit glauben, diese Gewaltpolitik sei nur aus dem berechtigten französischen Anspruch auf Wiedergutmachung erwachsen, und nicht erkennen, daß sie in der Natur der politischen Denkwiese begründet ist, die den französischen Staat beherrscht. Den Teufel des wilhelminischen deutschen Geistes wird man sicher nicht durch den Beezehub des chauvinistischen französischen Geistes des Clemenceau und Konjorten austreiben können.

Überall sehen wir in Frankreich diesen Geist triumphieren. In der Art und Weise, wie die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen, die Hinausschiebung der Friedensratifikation und die fortschreitenden Exzesse mit den unmöglichsten Argumenten gerechtfertigt wurde, offenbart sich der Haß gegen Deutschland, der durch den völligen Zusammenbruch des Feindes nicht abgedämpft wurde. Immer wieder wird von den „bösen Absichten“ der deutschen Regierung gesprochen, bis die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Erdröselungspolitik soweit ruiniert ist, daß wir nicht mehr imstande sind, faum eine unzerer vielen vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist höchste Zeit, daß man sich in Frankreich auf die Anfangsgründe der menschenwürdigen Behandlung eines großen Volkes besinnt, nachdem selbst französische Chauvinistenblätter vom Schlage des „Matin“ vor einer Ueberspannung Clemenceauscher Wiederherstellung gewarnt haben.

### Gegen die nationalistische Heze.

Mit geradezu heillosen Leidenschaft impft das deutsche Volk seit den Noembertagen 1918 seine politischen Parteikämpfe aus. Viele hundert Grabstätten umsäumen den Weg, den wir seit jenen Tagen gewandelt sind. Alles Elend und die ganze Not des Landes haben es nicht vermocht, die Parteikämpfe abflauen oder mildern zu lassen. Was alle Beschwichtigungsversuche der Regierung und der Führer der Mehrheitsparteien nicht vermochten, das hat endlich das Auslieferungsvorhaben der Entente bis zu einem gewissen Grade erreicht. Das ganze deutsche Volk von der äußersten Linken bis ganz hinüber nach rechts steht in geschlossenener Front gegen die Entente. Alle Parteien verurteilen mit Recht in gleicher Schärfe die Ungerechtigkeit, die hinter dem Verlangen der Entente steht. Die rechtsstehende Partei und eine große Anzahl Anhänger des Zentrums und der Demokratie sehen aber in der Abwehr des Auslieferungsvorhabens nicht eine Sache des ganzen Volkes, sondern machen sie zu einer Personen- und Parteiangelegenheit. Tausend gegen eins ist zu wetten, daß die Nationalisten nicht diesen Lärm veranstalten würden, wenn beispielsweise Leute wie Erzberger, Scheidemann, Ostf. Cohn oder andere die Spalten der Liste füllen würden. Nun aber, da es sich um Hindenburg, Ludendorff und Mitglieder der ehemals regierenden Häuser Deutschlands handelt, entfachen sie das Feuer der nationalistischen Leidenschaft und vergessen darüber ganz, daß die Liste eine große Zahl von wirklichen Verbrechern aufzählt, deren Bestrafung unter allen Umständen verlangt werden muß.

Die Sozialdemokratie sowohl wie die Regierung wollen durchaus nicht die in Feindesland begangenen Verbrechen beschönigen und ihre Täter schütten. Sie verlangen eine Aburteilung der auf der Liste bezeichneten Personen vor dem höchsten deutschen Gerichtshof unter Hinzuziehung von Vertretern der anklagenden Staaten. Eine andere Form der Sühne ist schlechterdings eine Unmöglichkeit. Die deutsche Regierung hat den Friedensvertrag unterzeichnet und ist mit allen Kräften bemüht, die ihr dadurch auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erklärungen des Außenministers gegenüber einem englischen Pressevertreter zeigen uns, wie ernst es der Regierung mit der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen ist. Es kann garnicht daran gedacht werden, daß die Regierung in der Frage der Auslieferung eine Sabotage des Friedensvertrages vornehmen will. Aber das sollten auch unsere erbittertesten Feinde einsehen, daß es keiner deutschen Regierung möglich ist, auch nur eine der geforderten Personen über die Grenze zu schaffen. Der leiseste Versuch dazu würde im Lande ohne jeden Zweifel den blutigsten aller Bürgerkriege heraufbeschwören und unser langsam wiedererwachendes Wirtschaftsleben gänzlich vernichten. Das sind keine Ausflüchte, keine Phrasen, sondern bittere Tatsachen, die unseren Feinden und unseren Nationalisten zu denken geben sollten. Die letzteren erwecken mit ihrem lärmenden Geschrei und mit der heldenhafteu Pose im Auslande den Eindruck, als wollten wir die Auslieferung nicht vornehmen. An der Berliner Universität hat man am Dienstag eine Verteidigungsorganisationskommission geschaffen, in die sich alle Studierenden eintragen lassen, um im Falle der Fälle die verlangten Heerführer mit ihren Leibern zu bedenken.

Diese großen Unterschiede zwingen uns bei aller Notwendigkeit, die Einheitsfront zu bilden, einen großen Trennungspunkt nach rechts zu ziehen. Für uns ist die Auslieferungsvorfrage keine Personen-, sondern eine Volkssache.

### Lord Curzon für die Revision des Friedensvertrages.

U. London, 11. Februar. Im englischen Oberhause gab Lord Curzon seiner Meinung dahin Ausdruck, daß man gewisse Teile des Friedensvertrages von Versailles mit Deutschland revidieren und sofort abändern sollte, wenn Deutschland die Absicht zeige, den Verpflichtungen des Vertrages nachzukommen. Er führte aus: wir werden unter möglichsten Umständen, um Deutschland in dieser Aufgabe zu helfen und ihm zu ermöglichen, seinen Platz unter der zivilisierten Gemeinschaft der Welt wieder einzunehmen. Lord Curzon erklärte ferner, daß die Lage im Orient sich wegen Besorgnisse erregte.

### Eine neue Drohnote der französischen Regierung.

Der französische Ministerpräsident hat der deutschen Mission in Paris eine vom 8. Februar datierte Note wegen ungenügender Kohlenlieferungen zu gehen lassen, in der es heißt: Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bedingungen dieses Vertrages nicht genügend erfüllt hat, die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben. Ferner, wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer absichtlicher Nichterfüllung seiner Verpflichtungen nicht die noch rückständigen, bereits fälligen Lieferungen, sowie das volle Februar-Quantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, wirtschaftliche und finanzielle Sperrverfügungsmassregeln und allgemeine zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie durch die Umstände als geboten erachtet und wie das für solche Fälle der Friedensvertrag besonders vorseht.

Von zuständiger Seite wird dazu bemerkt: Für die Behandlung der Kohlenlieferungen aus dem Friedensvertrage ist lediglich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Er allein hat das Recht, die deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen. Er allein hat die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen und er hat Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der französische Ministerpräsident hat sich mit dieser Note Befugnisse angemahnt, die ihm nicht zustehen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß seine Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlussfolgerungen gelangt. Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 29. August 1919 sind in dem Protokoll sachlich unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohle an die alliierten und assoziierten Mächte logisch beginnen zu wollen. Bestimmte Mengen Kohle vorzuliefern, hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Zusammentritt, also nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Steinkohle im Monat 1.600.000 Tonnen an die Entente liefern will und zwar bis zum 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Regelung der im Friedensvertrag an sich vorgesehenen Gesamtmenge bis zum 30. April 1920 festgesetzt werden soll. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Regelung der deutschen Regierung gegenüber erst durch die Note vom 30. Januar 1920 bekräftigt. Da nach § 10 des Anhanges 5 zu Teil VII des Friedensvertrages die Anforderung seitens des Wiedergutmachungsausschusses und eine bestimmte vertragsmäßige festgesetzte Anzahl und Menge für den Beginn der Pflichtlieferungen entscheidend sind, folgt aus vorstehendem, daß eine Verpflichtung Deutschlands für Lieferung bestimmter Mengen bisher nicht besteht. Die bisherigen Kohlenlieferungen sind durchaus als freiwillige zu betrachten, und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen nicht geliefert worden sind. Im übrigen ist von deutscher Seite in dem Protokoll die während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen stets nachdrücklich abgegebene Erklärung wiederholt worden, daß Deutschland ohne eine schwere Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens vorläufig überhaupt nicht imstande sei, bestimmte Lieferungen zu machen.

Wirtschaftlich betrachtet, liegt in der Tatsache der freiwilligen Kohlenlieferung vor Ablauf der im Friedensvertrag vorgesehenen Ankündigungsfrist ein gewaltiges Opfer Deutschlands und zugleich ein schlagender Beweis für die Bereitwilligkeit Deutschlands, seine Pflichten zur Wiedergutmachung nach besten Kräften zu erfüllen. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an die Entente gelieferte Kohle seinem eigenen schwer erschütterten Wirtschaftsleben zuführen können. Statt dessen hat es sich dieser so erheblichen Kohlenmenge entblößt, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Diese freiwillige Leistung, gegen die sich die allerhöchsten Bedenken aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erheben haben, hätte eigentlich volle Anerkennung von Seiten der Alliierten verdient.

Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf Besorgnisse nicht zu machen, die nach dem Vertrage nur im Falle vorläufiger Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, auch eine Änderung des Art. 429 des Fried-

denvertrages, der die Räumungsfristen für die besetzten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Frage ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuss zuständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuss Anlaß finden konnte, derartige Maßregeln in Erwägung zu ziehen.

## Die deutsche Gegenliste.

Wie das „B. L.“ von zuständiger amtlicher Seite erfährt, ist die Liste der von der deutschen Regierung wegen völkerrights-widriger und unmenslicher Handlungen beschuldigten Angehörigen der Ententeemächte bereits fertiggestellt und gedruckt. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

## Die erste Abstimmung Schlesiens.

Eine dänische Mehrheit.

Das Stimmresultat in der ersten Zone in Schleswig, das Mittwoch nachmittag 5 Uhr vom preussischen Chef der internationalen Kommission bekanntgegeben wurde, befaßt sich auf

25 223 deutsche und  
74 887 dänische Stimmen.

Es sind nur noch unbedeutende Veränderungen möglich. Von 110 000 Stimmberechtigten wurden demnach rund 100 000 Stimmen abgegeben, so daß also eine außerordentlich starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist.

Ob die Abstimmung in der zweiten Zone schon am 14. März stattfinden wird, steht, wie man hört, noch nicht endgültig fest. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Dänen noch eine weitere Woche für ihre Propaganda in der zweiten Zone herauszuschlagen.

Das Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone darf für Deutschland als außerordentlich bedeutungsvoll angesehen werden. Mehr als ein Viertel der Abstimmenden hat sich zum Deutschthum in einem Gebiet bekannt, das als weit überwiegend dänisch angesehen werden mußte. Die Deutschen dieses Gebietes wollten sich zum Teil zuerst an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligen. Sie sind glücklicherweise dann mit großer Hingabe an die Abstimmungsarbeit gegangen. Das Ergebnis ist für die Abstimmung in der zweiten Zone außerordentlich wichtig. Nur bei schlechtester Willkür kann jetzt noch die Grenze viel über die erste Zone hinaus nach Süden zu gedrückt werden; denn einer verständigen und gerechten Nationalitätenpolitik würde es entsprechen, wenn nicht mehr Deutsche unter dänischer Herrschaft kommen, als Dänen unter deutscher Verherrschaft. Hier wird auch Dänemark darauf Bedacht zu nehmen haben, daß es nicht zu Deutschland durch Akte der Vergewaltigung in ein Verhältnis kommt, das die Beziehungen beider Länder zu einander vergiften müßte.

Die dänische Presse zeigt sich besonders von den deutschen Erfolgen in den Städten Sonderburg und Apenrade, die man bereits für vollständig dänisch hielt, schmerzlich berührt. Sehr enttäuscht ist vor allem „Scoringste Tidende“, während die chauvinistische „Nationaltidende“ den deutschen Erfolg in diesen Städten damit abzuschwächen sucht, daß sie den Erfolg lediglich auf die aus Deutschland zugewanderten zahlreichen Wahlberechtigten zurückzuführen sucht.

Im dänischen Reichstage gab Ministerpräsident Zable zur Abstimmung in der ersten Zone eine Erklärung ab, in der es u. a. hieß: „Gemäß § 9 des Friedensvertrages soll das Ergebnis der GesamtAbstimmung, die gestern in der ersten Zone in Schleswig stattgefunden hat, von der internationalen Kommission unverzüglich den alliierten und assoziierten Mächten mitgeteilt und veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung hat noch nicht stattfinden können, aber die vorliegenden telegraphischen Nachrichten verkünden jetzt der ganzen Welt, daß die Nord-Schleswiger durch 36 Jahre mit unermüdlicher Geduld, Festigkeit und Ruhe in Wort und Tat den Eroberern gegenüber widerholt haben, daß sie dänisch sind und dänisch bleiben wollen. Die Bestimmungen des Friedensvertrages sichern ihr die Erfüllung dieser nationalen Forderung zu und mit tiefer Befriedigung begrüßen wir, daß der Staatsrat sich heute versammelt hat in der Überzeugung, daß Dänemark bald erweitert wird mit einem schönen und teuren Lande, durch das das Volk vereinigt wird mit Landsleuten, deren unvergängliche und tapfere Treue gegen Vaterland und Mutterprache sie zu unermüdlichen Mitarbeitern machen an der Arbeit für Dänemarks Zukunft.“

König Kristian führte darauf aus: „In tiefer Dankbarkeit gegen Gott, in dem Andenken an die Lebenden und die Toten, die für die Erhaltung des Dänentums in Schleswig gekämpft haben, in der Hoffnung auf die Zukunft, sende ich aus dem Staatsrat den ersten Willkommengruß an die zurückkehrenden Landesteute, deren langes und schweres Leben im Anlande nur ihre Liebe zum Vaterlande vermehrt und gestärkt hat. Gott erhalte Dänemark und das dänische Volk.“

Auch in den beiden Kammern des Reichstages hießen die Versammelten zu Beginn der Sitzung die Nord-Schleswiger der ersten Zone in Ansprache willkommen.

## Ein englischer Warnruf aus Moskau.

Der Chefredakteur des „Daily Herald“, Lansbury, meldet drahtlos aus Moskau: „Alle Menschen leiden hier unter Hunger, Kälte und Krankheiten, als Folge des Bürgerkrieges, der durch ausländisches Volk verursacht wird. Ich habe noch niemals Menschen getroffen, die so entsetzten waren, ihren Kampf um die Freiheit durchzuführen. Ich bin betroffen von dem ruhigen Vertrauen, mit der alle der Zukunft entgegensehen. Ich erwarte jedoch die englische Regierung ernstlich, besonders Lloyd George, in größtmöglicher Weise weiterzugeben und diesem großen Volke die Hand der Kameradschaft zu reichen, das bereit ist zu kämpfen für seine Freiheit nach Jahren des Leidens und der Opfer. Ich dränge auch bei Henderson, MacDonald, Smilie und Thomas darauf, daß sie sich zusammenschließen, um bei der englischen Regierung eine Vereinbarung mit England zustande zu bringen. Das Auspazieren von Gewandstreifen in Moskau und Petersburg ist ein alter Trick. Ich bewege mich hier ebenso sicher und frei auf der Straße wie in anderen großen Städten. Die Gottesdienste sind unangestört geblieben. Die regelmäßige kirchliche Eke wird ebenso gehalten wie ehemals. Die Kirchen werden auf Stanistoffen wieder aufgebaut. Es ist hier nicht schlechter bestellt, als in anderen Ländern und in vielen Dingen sogar besser.“

## Keine Unterbrechung im Rücktransport der Gefangenen

Der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen geht, wie unser Parteiblatt in Köln, die „Korn. Ztg.“, mitteilt ohne Unterbrechung weiter. Nach den letzten Berichten sind 105 426 Soldaten und Unteroffiziere und 1835 Offiziere bereits aus Frankreich in der Heimat eingetroffen. Nach den genauesten Abmachungen über die Gefangenentrage rechnet man mit Bestimmtheit darauf, daß die Fortdauer der Auslieferung des Rücktransport der Gefangenen in keiner Weise berührt wird.

## Die Bolschewisten vor den Toren Indiens.

Nach einer Funknachricht aus Moskau befindet sich die rote Kavallerie bereits auf persischem Gebiet. Ihre Vorposten wenden sich der indischen Grenze zu.

## Kein Luftdienst zu Polizeizwecken.

Die Botschafterkonferenz in Paris hat das Verlangen der deutschen Regierung, einen Luftdienst zu Polizeizwecken beizubehalten, als gegen den Versailler Vertrag verstoßend, abgelehnt. Dieser Beschluß hat auch Geltung für die österreichische Regierung.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Hergts nationaler Bloß.

Während die Masse der Mitdeutschlichen, die hinter der jetzigen Regierung stehenden Parteien mit den wüsten Mitteln einer strapulösen Agitation bekämpft, schlägt der Ältere Führer, Staatsminister a. D. Hergt, eine andere Taktik ein. Er hat offenbar erkannt, daß auch der stärkste Wahlsieg den Mitdeutschlichen keine Mehrheit für eine Regierung schaffen wird; auch befürchtet er wohl mit Recht, daß die Deutschnationale Volkspartei — selbst unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei — für eine Regierungsbildung bei den jetzigen Verhältnissen keine tragfähige Grundlage bilden würde. Deshalb sucht Hergt sich mit den weiter links stehenden Parteien anzubündeln, in erster Linie mit dem Zentrum, um vielleicht auf diese Weise einen größeren Block zustande zu bringen, indem die Rechte zwar nicht allein herrschend, aber doch tonangebend sein würde.

In Münster, einer Zentrumsgegend, hat er jüngst sein Programm entwickelt und als dessen Ziel im Gegensatz zu dem „verwahrlosten Bloß der Mitte“, den „nationalen Bloß“ bezeichnet. Dieser „nationale Bloß“ soll bei der äußersten Rechten beginnen, aber, wie Hergt betont, nach links hin keine Grenze haben. „Wer deutsch fühlt“, sagte Hergt, „wer den Gedanken der sittlichen Pflicht und der Verantwortung seinem Volke gegenüber empfindet, der muß diesem Bloß beitreten, jeder, der so denkt, wird dann willkommen sein. Mit diesem Ziele werden wir in den Wahlkampf treten.“

Man sieht, Herr Hergt ist nicht kleinlich. Seine Gedanken schweifen weit über ein Bündnis mit dem Zentrum, das ja schließlich auch andere Deutschnationale propagieren, hinaus. Er sieht schon im Geiste die Deutsch-Demokraten, sogar auch die Mehrheitssozialdemokratie oder Teile von ihr, im Schlepptau der Deutschnationalen.

Wir müssen diese schönen Illusionen des Herrn Hergt mit rauher Hand zerstören. Gerade die jetzt brennende Luftlieferungsfrage hat gezeigt, daß die nationale Einheitsfront nicht herzustellen ist. Und zwar deswegen, weil national im alldeutschen Sprachgebrauch etwas ganz anderes bedeutet, als das gesunde nationale Empfinden, dessen sich auch die Mehrheitssozialdemokratie rühmen kann, und das durch die internationale Gesinnung nicht etwa ausgeschlossen wird, sondern harmonisch mit ihr Hand in Hand geht.

Wenn die Mitdeutschlichen das Wort „national“ gebrauchen, so meinen sie den schrankenlosen Chauvinismus, der das eigene Volk kritisch vergöttert, das fremde Volk durch die trübe Brille des Haßes und Neides sieht, der keine Gerechtigkeit kennt, sondern dem alles gut ist, was der Macht und der Herrschaftserweiterung des eigenen Landes dient. Wir verstehen unter national die natürliche und angeborene Liebe zum eigenen Volke, die aber nicht blind macht gegen selbst begangene Fehler, die auch die Beweggründe des Gegners zu würdigen und zu schätzen weiß, und die niemals aus blinder Anbetung des eigenen Volkes die Grundsätze der Gerechtigkeit mit Füßen tritt.

Der nationale Bloß des Herrn Hergt würde unter dem Einfluß der Deutschnationalen nichts als ein chauvinistisches Gebilde werden, und da macht kein Sozialdemokrat mit. Dieser Bloß wird uns in schärfster Opposition finden.

## Die neue Besoldung für die Reichswehr.

Die „Woll. Ztg.“ veröffentlicht die neuen Gehaltsverhältnisse der Reichswehr, die in dem der Nationalversammlung vorzuliegenden Entwurf der neuen Besoldungsordnung enthalten sind. Es sollen demnach erhalten: Gruppe 1: Mannschaften 7800—11 700 Mk. Gruppe 2: Unteroffiziere 8250—12 300 Mk. Gruppe 3: Feldwebel 8700—13 050 Mk. Gruppe 4: Oberfeldwebel und Unterärzte 9300—12 950 Mk. Gruppe 5: Leutnants bis zum 4. Dienstjahr 11 700—16 800 Mk. Gruppe 6: Leutnants mit mehr als 4 Dienstjahren 12 600—18 150 Mk. Gruppe 7: Oberleutnants, Militärärzte, Oberärzte, Veterinäre, Oberveterinäre 13 500—19 000 Mk. Gruppe 8: Hauptleute, Kapitänleutnants, Stabsärzte, Stabsveterinäre bis zum 4. Dienstjahr 14 250—20 550 Mk. Gruppe 9: Hauptleute, Kapitänleutnants, Stabsärzte, Stabsveterinäre mit mehr als 4 Dienstjahren 15 000—21 750 Mk. Gruppe 10: Majore, Kompaniekapitäne, Oberstabsärzte, Oberstabsveterinäre bis zum 4. Dienstjahr 18 000—25 500 Mk. Gruppe 11: Majore, Korvettenkapitäne, Oberstabsärzte, Oberstabsveterinäre mit mehr als 4 Dienstjahren 18 750—27 000 Mk. Gruppe 12: Oberleutnants, Regimentskapitäne, Generaloberärzte, Generaloberveterinäre 20 250—29 250 Mk. Gruppe 13: Obersten, Kapitäne zur See, Generalärzte, Generalveterinäre 25 500—34 500 Mk. Einzelgehälter erhalten: Generalmajore, Konteradmirale, Generalstabsärzte, Generalstabsveterinäre 45 000 Mk. Generalleutnants, Vizeadmirale, Generaloberstabsärzte 52 500 Mk. Generale, Admirale, Chef der Generalleitung und Chef der Admiralität 60 000 Mk. Minister Erzberger äußerte sich zu den vorstehend benannten Zahlen noch ergänzend: Die Besoldungsreform der Reichswehrruppen soll sowohl in ihrem Aufbau wie in ihren Gehältern im Rahmen der allgemeinen Besoldungsordnung der Beamten durchgeführt, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr demnach in der Besoldungsfrage wie Beamte behandelt werden. Allerdings erhalten sie noch besondere Vergünstigung, da ihr Dienst keinen Abkündigungsfestpunkt hat. Das Dienstverhältnis stellt sich aus drei Bestandteilen zusammen: aus Grundgehalt, dem Ortszuschlag und dem Teuerungszuschlag. Der letztere ist für das Jahr 1920 in Höhe von 50 Prozent des Gesamtbezuges vom Grundgehalt und Ortszuschlag angelegt. Die Gruppierung der einzelnen Gehaltsklassen erfolgt naturgemäß nach den militärischen Dienstjahren. Die Generale und Admirale beziehen Einzelgehälter, d. h. für die Besoldung des Gehalts ist die Dienstzeit nicht maßgebend. Zu den oben stehenden Bezügen kommen beim Vorhandensein von Kindern noch Kinderzulagen hinzu. Die Offiziere sollen außer den erwähnten Bezügen noch eine feststehende steuerfreie Beihildebesoldung erhalten und im Falle der Entlassung freie ärztliche Behandlung erhalten. Auch ist die Gewährung von Dienstrenten geplant.

## Die Verordnung über die Wuchergerichte teilweise ungültig.

Das Wuchergericht des Landgerichts 2 in Berlin entschied sich Mittwoch dahin, daß der Artikel 1 der Wucherordnung, der sich mit der prozessualen Regelung des Wucherverfahrens beschäftigt, rechtsunfähig ist. Die Gründe sollen erst in einigen Tagen veröffentlicht werden.

## Wucher und Kettenhandel einer Reichsstelle.

Der Leiter der Reichsstelle für Eisenverforgung Nathan ist verhaftet und die 120 Millionen Guthaben der Reichsstelle sind beschlagnahmt worden. So hat es wegen Wucher und Kettenhandels die Staatsanwaltschaft in Eisen verfügt. Sie macht sich damit zum Werkzeug einiger verärgelter Fischhändler, die ohne Erlaubnis Salzheringe eingeführt hatten, denen die Reichsstelle diese Ware beschlagnahmt hatte und denen sie die Heringe wiederum zum Verkauf zur Verfügung gestellt hatte. Die bei der Beschlagnahme gezahlte Entschädigung war dabei niedrig, der Verkaufspreis, entsprechend dem allgemeinen Durchschnitt, festgesetzt worden, und eben darin hat ein findiger Staatsanwalt Wucher und Kettenhandel schwärmen, finden dieses Verfahren juristisch reichlich blödsinnig; denn natürlich haben Herr Nathan und die anderen Herren der Reichsstelle nicht etwa für sich gewuchert, sondern lediglich im Rahmen der Aufträge des Reichswirtschaftsministers für die Rechnung des Reiches, ohne jeden persönlichen Vorteil gearbeitet. Es kommt hinzu, daß der Leiter der Reichsstelle für Eisenverforgung, Major v. Klinge, zufällig kein Sozialdemokrat und kein Jude ist, sondern der Führer der jungen Richtung der Deutschnationalen, der sein Amt bereits seit langen Jahren ausübt; das dürfte selbst der Reichsjustiz in diesem Falle die Begeisterung für das Vergehen der Fischhändler und ihres Staatsanwalts trüben.

Im Ernst ist also über diesen Geldzug kein Wort zu verlieren. Die angeklagte Verleinerung der Ware durch die Reichsstellen ist ein Märchen; verteuert wird immer nur ein einzelner Posten, während im Durchschnitt die Reichsstellen viel billiger kaufen als der freie Handel. Aber selbst wenn es umgekehrt wäre, könnten wir uns den Luxus der freien Einfuhr nicht gestatten. Gönnen darf man der Reichsstelle den Reinfuhr immerhin; denn er ist die Folge ihrer Halbtätigkeit. Unerlaubt eingeführte Ware sollte ohne Entschädigung konfisziert werden. Ehe das nicht geschieht, wird der Troß des Schieberhandels nicht gebrochen werden.

## Die Einigung der bayerischen Bauern.

Die Delegiertenversammlung des bayerischen Bauernbundes in München hat Mittwoch nachmittag in Anwesenheit von 500 Delegierten das Einigungsprogramm mit dem christlichen Bauernverein Dr. Heims angenommen, das Zusammengehen mit diesem aber so lange abgelehnt, bis diese erst ihre Zugehörigkeit zur bayerischen Volkspartei (Zentrum) gelöst haben.

## Militärische Besetzung sächsischer Städte.

Pilauen, Treuen und Falkenstein i. Vogtl. sind auf Befehl der Regierung von Reichswehrruppen besetzt worden, weil man kommunistische Unruhen anlässlich der demnächst vor dem Landgericht Pilauen stattfindenden Prozesse gegen einige im Lager Streikgebieten verhafteter Kommunisten befürchtet. Der „Volkzeitung für das Vogtland“ ist vom Befehlshaber des Wehrbezirks IV unter dem 9. Februar auf 10 Tage das Erscheinen verboten worden, weil sie schon seit längerer Zeit in überaus aufreizender Sprache die Maßregeln der Regierung einer beleidigenden Kritik unterzogen.

## Kleine politische Nachrichten.

Die in einem Teil der Presse wiedererlebte Nachricht von einem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Schmidt wegen Differenzen in der Luftlieferungsfrage wird als haltlos bezeichnet.

Mittwoch vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig, Reginald Tower, von Paris kommend, dort ein. Oberbürgermeister Sahn hieß ihn im Namen der Stadt willkommen. Der Oberkommissar antwortete in deutscher Sprache.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rom, daß an eine Absetzung des Herrn v. Lucius als deutschen Geschäftsträger von niemand überhaupt nur gedacht wurde. Alle dahinlautenden Meldungen seien unrichtig.

Zum deutschen Geschäftsträger in Argentinien ist Geheimrat Dr. Olschhausen bestimmt worden. Er wird bereits in der nächsten Zeit nach Buenos Aires abfahren.

In der letzten Vorstandssitzung des deutschen und preussischen Städtetages sind die Oberbürgermeister Achilles (Altenburg), Dr. Ruppe (Münster), Dr. Mertens (Ebing), Senator Dr. Petersen (Sambura), Oberbürgermeister Scheidemann (Kassel), Wolkow (Schwerin), Zimmermann (Buer) und Zühlke (Altenstein) zu Vorstandsmitgliedern gewählt worden.

Das Berliner Organ der Kommunistischen Partei, die „Rote Fahne“, ist vom Oberkommandierenden wegen des Auftrages „An die Proletarier aller Länder“ und des Artikels „Die Luftlieferungsfrage“ und die revolutionäre Aufgabe“ bis zum 25. Februar einschließlich verboten worden. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Verbot gab nach dem „B. L.“ der in dem Aufruf enthaltene Satz: „Was ist die deutsche Regierung als ein Haufen Schmutz an den Rockfalten der Lubendorff und Lüttich.“

Der Gemeinderat von Mühlhausen i. E. hat einen Antrag der bürgerlichen Parteien, Clemenceau das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, abgelehnt, nachdem die Sozialdemokraten, die die Hälfte des Gemeinderates bilden, diesen Antrag als eine Taktlosigkeit ersten Ranges bezeichnet hatten.

Der französische Ministerrat genehmigte die Wahl Mapelet als Nachfolger für Millerand in seiner Eigenschaft als Generalkommissar für Elsass-Lotharingen. Der frühere Botschafter in Bukarest wird Mapelet in seiner Eigenschaft als französischer Botschafter in Madrid ersetzen.

Der Schweizer Nationalrat lehnte mit 104 gegen 59 Stimmen die Aufhebung des Banatgeheimnisses ab.

Der sozialistische Abgeordnete Marracino verlangte vom italienischen Kriegsminister Aufschluß, warum nach der neuen Dienstordnung das italienische Heer 2467 höhere Offiziere zählt, gegen nur 1335 vor dem Kriege.

Die französische Kammer entschied sich für einen Kammerantrag, dem Präsidenten Poincaré den Dank Frankreichs für seine Haltung während des Krieges auszusprechen. Die Bemerkung des Sozialisten Brade, daß der Präsident der Republik nicht konstitutionell verantwortlich sei, daher auch nicht belobigt werden könne, rief Erregung hervor. Die von Brade gestellte Vorfrage wurde mit 499 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

## Oesterreich.

### Kommunistische Demonstration in Leoben.

Dienstag ist es in Leoben (Steiermark) zu großen Erschellen gekommen, welche von den Kommunisten unter dem Vorwande von Lebensmitteldemonstrationen angestiftet worden waren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die von den Kommunisten mit Steinen beworfen wurde. Als einige Schredschüsse nicht tückten, gab die Gendarmerie Feuer, wobei ein 38jähriger Mann und ein 14jähriger Junge getötet und 11 Demonstranten teils schwer, teils leicht verletzt wurden.

Hollando.

Vor einem Ausstand in den holländischen Häfen. Der „Telegraaf“ meldet, daß der niederländische Transportarbeiterverband und der Zentraltransportarbeiterbund für den 16. Februar den Ausstand beschlossen hat.

Vereinigte Staaten.

Vor einem neuen Eisenbahnerstreik. Aus Detroit (Michigan) wird berichtet: Der Generalstreik der 300 000 Mitglieder der Eisenbahner-Kontingentsgesellschaft und der Werkstättenarbeiter ist für den 17. Februar ausgerufen worden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 12. Februar.

Ueber die Gefahren der Republik

Spricht am Freitag abend 7 1/2 Uhr in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Genosse Leuterich aus Hamburg. Der Referent ist eine der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten Hamburgs und ein vorzüglicher Redner mit reicher Erfahrung.

Uktion, Bürgerstiftung! Die Fraktionsung findet am Freitag der Parteiversammlung wegen nicht statt. Sie wird am Sonnabend, dem 14. Februar, abends 7 Uhr, im Rathhaus abgehalten.

Zum Streik der Wächter bei der Lübecker Wach- und Schließgesellschaft teilen wir mit, daß heute morgen Verhandlungen stattgefunden haben, die zu einer Einigung führten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck

Verbot des Schleichhandels mit Edelmetallen.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin. Hiernach steht der An- und Verkauf von Reichsilbermünzen in Markwährung für einen ihren Nennwert übersteigenden Preis nur der Reichsbank und den von ihr ermächtigten Stellen zu.

Im Zusammenhang hiermit erhöhte die Reichsbank den Ankaufspreis für Reichsilbermünzen auf das Achtfache des Nennwertes. Für Taler werden auf Grund eines höheren Silbergehaltes 26,50 Mk. bezahlt.

Zum Kampf im Lübecker Holzgewerbe.

Wenn man angenommen hat, daß auf Grund der bereits veröffentlichten Schiedsprüche des Reichsarbeitsministeriums auch im Lübecker Holzgewerbe der Kampf beizulegen sei, hat die am 11. Februar auf Vermittlung von interessierter Arbeitgebersseite stattgefundene Verhandlung ergeben, daß die hiesigen Arbeitgeber immer noch die Hoffnung hegen, uns Arbeit zu machen zu können.

Wilde Stürme jagten in den letzten Tagen und Nächten über See und Land. Das Toben war insbesondere in der vergangenen Nacht über alle Maßen gewaltig. Der Sturm schüttelte mit unbändiger Gewalt an allem, was sich ihm entgegenstellte.

Streichhölzer auf Kartens. Um dem immer unangenehmer sich bemerkbar machenden Mangel an Streichhölzern zu steuern, hat der Magistrat Wilmersdorf beschlossen, die stadteigenen aufgestellten Streichhölzer durch die Seifenhändler und Drogeristen zur Verteilung an die Einwohner zu bringen.

Tagen 8 Mark kosten würden. Die „Berichtigung“ dieses Preises wurde damit begründet, daß Holz überhaupt nicht zu haben sei und die zur Fabrikation benötigten Chemikalien, wenn überhaupt, dann nur mit mehrtaufendprozentigem Aufschlag aufzutreiben seien.

Die Kirche als politischer Versammlungsort. In Lübeck soll eine begründeter Neuerung eingeführt werden. Wenigstens hat der Landesriegerverband den Anfang gemacht.

Einige weitere Erhöhung der Fischpreise um 25 bis 30 Prozent hat, wie aus Cuxhaven gemeldet wird, der wirtschaftliche Verband der Deutschen Hochseefischer-Gesellschaft eingeleitet.

Verlängerung der Frist zum Abschluß von Saatkartoffel-Versauverträgen. Es ist der Landwirtschaft bisher nicht gelungen, die für einen Saatgutwechsel ausreichenden Mengen an Saatkartoffeln zu erwerben.

Gegen 1500 Unterstützungsgelüste sind bei der Geschäftsstelle der Lübecker Wohlfahrtsstelle eingegangen. Die Geschäftsführer bitten besonders um Zeug, Unterzeug, Wäsche, Schuhe und Lebensmittel.

Schwedische Kartoffeln für Deutschland. Die schwedische Regierung hat die Ausfuhrbewilligung für 22 000 Tonnen Kartoffeln nach Deutschland und der Tschecho-Slowakei erteilt.

Ursula Bradsch gastierte Mittwoch abend im Hansa-Theater als Fräulein Alexandra in der „Fischingsee“. Es war vorauszusehen, daß die feurige Soubrette, der Lübecker Theaterbesucher so manche fröhliche Stunde verdanken, ein volles Haus heranziehen würde.

Hibernus-Kabarett. Für das erste große Kostümfest, welches am Freitag abend stattfindet, hat die Direktion große Vorbereitungen getroffen.

Tödlicher Unfall. Beim Besteigen der Straßenbahn verunfallte am Sonntag in Schwartau die 63jährige Frau Anna aus Lübeck.

Vermisst wird seit dem 9. d. Mts. Wilhelm Pumm, wohnhaft Dantwartstraße 62. Pumm steht im Alter von 65 Jahren. Er war bekleidet mit grauer Hose und Weste, schwarzer Kappe und Hut.

Ermittelt und festgenommen wurde ein 23jähriger Knecht, der seinem früheren Arbeitgeber in der Nacht zum 11. d. Mts. ein wertvolles Pferd aus dem verschlossenen Stall gestohlen hatte.

Maniatroffe gefunden. Von einem Volkswächter wurde am Sonntag, dem 8. d. Mts. abends, ein Mann entdeckt, der sich in den Wallanlagen hinter einem Baum versteckt hielt.

r. Trabenmünde. Der Gemeinnützige Verein hielt vorige Woche in Krögers Gasthof seine Generalversammlung ab. Im Jahresbericht stand zu lesen: die Gemeinden Wendorf und Proben haben die Zahlung für das an die Kinder ihrer Arbeiter von der wohlthätigen Speiseanstalt des Gem. Vereins im Winter verabsolgte Essen mit der Begründung verweigert.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Angrenzende Gebiete. Segeberg. Bericht über die Eisenbahngüter. Zwei von Hamburger Firmen abgeordnete Kisten mit Manufaktur- und Lederwaren, für Mecklenburg bestimmt, wurden auf der Bückener Bahn von einem Güterbodenarbeiter nach Segeberg und non dort wieder nach Neumünster verschoben.

Teil des Gutes, 18 000 Mk. im Werte, wurde in Neumünster noch ermittelt und beschlagnahmt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Hamburg. Die Bürgerliste stellt sich mit einer Erklärung aller Parteien, ausdrücklich der Unabhängigen, in der Auslieferungsforderung hinter die Reichsregierung.

Hamburg. Der Hamburger Dampfer „Bylos“ ist zwei Seemeilen westlich von Ulfre auf Grund geraten. Der dicke Schneeregen hinderte die 30 Mann starke Besatzung, das Leuchtfeuer von Ulfre zu sehen.

Schwerin. Zeitungsverbot. Die rechtsstehenden Mecklenburger Nachrichten wurden auf die Dauer von drei Tagen verboten. Das Verbot erfolgte wegen der in einem Urteil gemachten Unterstellung, wonach die deutschen Regierungen den fremden Regierungen in der Auslieferungsforderung zu Willen sein würden.

Hamburg. Die gefährliche Steuerdebatte. Die interparlamentarische Kommission hat erklärt, daß die von den Hamburgern geplante Versammlung am 22. Februar, in der Genosse Wolf Braun, Franken, über die dänische und deutsche Steuerbegleichung sprechen sollte, nicht stattfinden dürfe.

Hamburg. Die gefährliche Steuerdebatte. Die interparlamentarische Kommission hat erklärt, daß die von den Hamburgern geplante Versammlung am 22. Februar, in der Genosse Wolf Braun, Franken, über die dänische und deutsche Steuerbegleichung sprechen sollte, nicht stattfinden dürfe.

Hamburg. Die gefährliche Steuerdebatte. Die interparlamentarische Kommission hat erklärt, daß die von den Hamburgern geplante Versammlung am 22. Februar, in der Genosse Wolf Braun, Franken, über die dänische und deutsche Steuerbegleichung sprechen sollte, nicht stattfinden dürfe.

Neueste Nachrichten.

Das Betriebsrätegesetz in Kraft gesetzt.

III. Berlin, 12. Februar. Das Betriebsrätegesetz wird heute im „Reichsanzeiger“ amtlich veröffentlicht und tritt damit unmittelbar in Kraft. Gleichzeitig werden damit die Verordnungen, die in einzelnen Ländern über die Betriebsräte bereits erlassen worden sind, außer Kraft gesetzt.

Polnische Bandenangriffe auf deutsche Eisenbahzüge. III. Stettin, 12. Februar. Reisende, die aus Westpreußen hier eintreffen, berichten über dauernde Übergriffe und Gewalttätigkeiten der Polen. Selbst Eisenbahzüge werden von den Polen angegriffen.

Schiedspruch in der Metallindustrie. III. Berlin, 12. Februar. Im Reichsarbeitsministerium beschloß sich ein Schiedsgericht gestern mit den Forderungen der Angehörigen in der Berliner Metallindustrie auf Zahlung einer laufenden Teuerungszulage.

Der Staatsvertrag zwischen Koburg und Bayern. III. Koburg, 12. Februar. Der Staatsvertrag zwischen Koburg und Bayern wegen des Anschlusses Koburgs an Bayern ist fertiggestellt. Er hat Mittwoch den bayerischen Ministerrat beschäftigt.

Brückenbrand. III. Wien, 12. Februar. Die Nordwestbahnbrücke, die für den Antransport besonders wichtig ist, steht seit Mittwoch abend 8 Uhr in Flammen.

Errichtung eines polnischen Nationalhafens. III. Warschau, 12. Februar. Im Dienstag haben polnische Truppen mit General Haller an der Spitze die Stadt Pułtysk in der Nähe der Danziger Meeresküste besetzt.

Revision des Pariser Vertrages. III. Amsterdam, 12. Februar. Wie „Allgemein Handelsblad“ aus London meldet, hat der Führer der Liberalen im Unterhause Maclean einen Änderungsantrag zum Friedensvertrage von Versailles eingebracht.

Streit in den chemischen Fabriken Italiens. III. Vugano, 12. Februar. Sämtliche Arbeiter in den chemischen und pharmazeutischen Fabriken Italiens, ungefähr 170 000 Mann, haben die Arbeit niedergelegt.

Witterung in London. III. London, 12. Februar. Witterung ist in Begleitung Fogs, des Finanzministers und des Kohlenkommissars Mittwoch abend hier eingetroffen.

Die Londoner Besprechungen. III. Amsterdam, 12. Februar. Nach einer Pariser Blättermeldung soll das unmittelbare Ergebnis der Londoner Besprechungen die Wiederherstellung der erlittenen oder gar abgebrochenen englisch-französischen Freundschaft sein.

Der Vatikan als Mitglied des Völkerbundes. III. Paris, 12. Februar. Nach einer Meldung der „Information“ aus Rom soll in den Kreisen des Vatikans die Frage erörtert werden, ob der Vatikan nicht Mitglied des Völkerbundes werden könne.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samstags in Lübeck.

# Die Leser des Lübecker Volksboten

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie die Inserenten im „Lübecker Volksboten“ zu berücksichtigen.

**Abonnenten und Inserenten sind aufeinander angewiesen!**

# Nur im Biophon

Heute zuletzt:  
II. Teil.

## Der Kampf um die Ehe, Feindliche Gatten

Drama in 5 Akten von Rudolf Strauß und Adolf Lantz mit Gesangseinlage „Die Sehnsucht“.  
Komponiert von Lena-Stein-Schnelder. Gesungen von der Sängerin Erna Kaboltz.  
In der Hauptrolle: Thea Sandten, Willy Zejn.  
Außerdem Stuard Webbs-Detektiv-Drama:

## Die Pagode. 5 Akte.

Ab Freitag, dem 13. Februar: Das große Sittendrama:

## Taumel in 6 Akten.

Nach dem Roman von Paul Langenscheidt.

## Der König. 8 Akte von Waldemar Psylander.

## Das eiserne Recht. 12984

Detektiv-Drama in 8 Akten.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.  
Bahnhofs-Lübeck.

## Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 14. Februar  
abends 7 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Z Tagesordnung:  
1. Kartellbericht.  
2. Das Betriebsratgesetz.  
3. Verschiedenes.  
Um vollständiges und recht pünktliches Erscheinen er-  
sucht  
12962 Der Vorstand.



Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz

Heute letzter Tag!

## Der Präsident

Ein Bild tragischer Schuld in 6 Akten, nach dem Roman von Karl Emil Franzos.

## Margots Freier

Luftspiel in 3 Akten.

## Das Unglücksgeheim

Schwant.

Aufführungszeiten 4-7, 7-10 Uhr.

Auf unser großes verstärktes Orchester wird besonders hingewiesen. (12956)

!Keine erhöhten Preise!!



Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

## Versammlung

am Freitag, d. 13. Febr.  
abends 7 1/2 Uhr.  
im Vereinslokal, Lender,  
Sundelstraße. (12968)  
Wichtige Tagesordnung,  
u. a. Beitragserböhung.

## Einladung zum BALL

des Pfeifenklubs Gold-Rose  
am Freitag, 13. Februar,  
in der  
Zentral-Halle.

Eintritt Herren 2 Mk.,  
Damen 1 Mk. (12966)  
Anfang 7 Uhr. Ende ?

## Gasthof Klein-Mühlen Schwartau.

Sonntag, den 15. Febr.

## Gr. Masten-Ball

verbund. mit Kapfenfest für die Zuschauer.  
Kapfen sind im Lokal erhältlich.  
Eintritt unmaß. Herren 2.50  
unmaß. Damen 1.50 Mk.  
maßl. Frn 2. maßl. Dam. 1.40  
Dazu ladet freundl. ein  
(12944) Helmuth Kröger.

## Theater-Verein „Freiheit“.

## Gr. Theaterabend

am Freitag, d. 13. Februar  
im Konzerthaus „Flora“.

Zur Aufführung gelangt:

## Golgotha

in 1 Vorspiel u. 3 Aufzügen.  
Kassenöffn. 6 Uhr. Anf. 7 Uhr.  
Eintritt 80 Pfg.  
Zu dieser Vorleistung haben  
Kinder keinen Zutritt. (12949)  
Karten sind bei den Mit-  
gliedern sowie abends an  
der Kasse zu haben.

## Hansa-Theater

12985

Donnerstag:

Gastspiel

Ursula Bradsky.

Die lustige Witwe.

Freitag:

Das Mädel von drüben.

Sonnabend:

Wo die

Erche singt

Stadttheater Lübeck

(12988)

Donnerstag, d. 12. Februar:

Veranstaltung im Faustzyklus  
für Schüler und Volkshoch-  
schule.

Anfang 6 Uhr:

Vortrag.

Hierauf:

Hamlet.

Trauerspiel in 5 Akten  
von William Shakespeare.  
Freitag, den 13. Februar:

20. Vorstellung im Freitag-  
Abonnement.

Der Freischütz.

Sonnabend, d. 14. Februar:

Der Graf von Luxemburg

Sonntag, den 15. Februar:

Anfang 11 Uhr:

Tanzvorstellung.

Neue Tänze.

Anfang 2 Uhr:

8. Fremdenvorstellung.

Der Graf v. Luxemburg

Anfang 7 Uhr.

Hoffmanns Erzählungen

# An alle!

Um Gaben an Zeug, Wäsche, Decken und Tüchern, sowie an Lebensmitteln für unsere notleidenden alten Männer und Frauen bittet die Lübecker Wohlfahrtsspende, Geschäftsstelle Königstraße 19. 12948

## Bilderleisten

einrahmungen  
Oscar Tauchnitz, Glasdolg  
Fleischhauerstr. 33. Finr. 2808

## Masentelle

Kanin-, Reh- u. Hirsch-  
felle, sowie alle Sorten  
Wildfelle,  
Pferde- u. Kuhhaare  
kauft stets zu den höchsten  
Zagespreisen

D. Wagner  
Sollitenstr. 8. (12980)



## Arbeiter-Radf.-Verein Fackelbg.-Stockelsdorf.

## Einladung zum Maskenball

am Sonnabend, dem 14. Februar  
im Lokale O. Diedrichsen, Fackelburg.  
Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Ende morgens.  
Maskenzug 8 Uhr.  
Musik ausgeführt von der Künstlerkapelle Sulanka.  
Fremde Biertrink haben keinen Zutritt.  
Maskenkostüme sind im Lokale zu haben. (12948)  
(Tabakwaren.) Das Komitee.

## Kaufe nur 2 Tage in Lübeck

Freitag, d. 13. u. Sonnabend, d. 14. Febr.  
von 10-6 Uhr

## alte Gebisse

per Zahn bis

12, 15, 45, 120 Mk.

## Zentral-Hotel

Schüsselbuden 121., Zim. 18  
12988 Frau Remow.

## Neu eingetroffen!!!

- 1 Posten Ia. Salzschnittbohnen.
- 1 Posten Matjesheringe.
- 1 Posten Salzbrechbohnen.
- 1 Posten Rotkohl, leicht gesalzen.
- 1 Posten weinsaure Salzgurken.
- 1 Posten Thüringer Salzgurken.

Viele Sorten Salzheringe. (12987)

## Ludwig Wiegels,

Fleckergrube 60.

Fernspr. 8847.

## Reichsware, Bezugsschein

erforderlich:

## Strickwesten

19<sup>25</sup> 20<sup>40</sup> 24<sup>85</sup>

## Damen-Unterjassen

9<sup>95</sup>

## Kinder-Unterhosen

m. Leibchen ..... 8<sup>60</sup>

Socken 4<sup>00</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>80</sup>

Herren-Hosen 45<sup>00</sup>

## August Haerder & Co.

Lübeck. (12948)

## Brennspiritus.

Verkauf Freitag, d. 13. Februar von 9 Uhr  
an **Wahmstr. 69.** Auf Marken.

Sonnabend, den 14. Februar von 9 Uhr  
an **Wahmstr. 69.** Ohne Marken.

Hierfür ist vom Reichsmonopolamt nur ein kleines Quan-  
tum freigegeben. (12967)

Spiritusflaschen sind mitzubringen.  
J. J. Struve, Großvertriebsstelle für Spiritus.

## Bekanntmachung.

12968 Unseren Abonnenten zur gefl.  
Nachricht, daß wir heute abend den  
Bewachungsdienst wieder aufnehmen.  
Lübecker Wach- u. Schließgesellschaft.

## Bilz Flechtensalbe

mit Erfolg angewandt bei  
Bartflechten  
sowie Flechten und Hautausschlägen aller Art.  
Preis 4 50 Mk.  
Versand: Grüne Apotheke, Erfurt. (12957)

## Allerlei Sozialismus.

Der Sozialismus ist die große Mode der Nachkriegszeit: Sie bemächtigen sich seiner schon unter der Kriegswirtschaft, die sie als eine Vorfrucht ansehen, als ein Wahrzeichen einer neuen gemeinschaftlichen Produktionsweise. Seit der Revolution betrachteten sie die gesamte Verwaltungstätigkeit, auch wenn nur der Zwang der Not hinter ihr steht, als eine Neuverteilung sozialistischer Willens und Geistes. In der seit der Revolution entstandenen umfangreichen Literatur offenbart sich ein wahres Durcheinander von kritischen Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie, weil sie ihr Programm nicht durchgeführt habe, von Vorschlägen, wie sie es hätte machen sollen, und von Ratschlägen für ihr ferneres Verhalten. Diese Literatur dringt nicht in die Kreise der Sozialisten, aber im Bürgerium findet sie große Verbreitung, wie die hohen Auflageziffern erweisen. So entsteht ein Scheinsozialismus, eine, wie die Autoren sagen, „Vergeltung“ und „Vertiefung“ des Sozialismus, die sich ungefähr um wirtlichen Sozialismus verhält wie die Ersatzstoffe zu den ursprünglichen und eigentlichen Nahrungsmitteln.

Als ein hervorragender Vertreter dieses rein literarischen, jenseits aller geschichtlichen und wirtschaftlichen Tatsachen stehenden „wahren“ Sozialismus ist Oswald Spengler anzusehen. Seiner persönlichen Anlage nach Skeptiker, Zweifler, hat er mit dem ersten Band eines groß angelegten Werkes „Der Untergang des Abendlandes“ einen Erfolg erzielt, der sich aus der Stimmung und Haltlosigkeit der an der Zukunft des deutschen Volkes Verzweifelnden erklärt. Aber wie wenig Gemeinames Skeptizismus und Sozialismus besitzen, zeigt Spengler selbst; nachdem er nämlich den Marxismus und die Sozialdemokratie als Erscheinungen von vorgestern gründlich abgetan hat, entwickelt er schließlich den Inbegriff des wahren Sozialismus in seiner Schrift „Preußentum und Sozialismus“. Der Leser erschreckt nicht, das sind für den Verfasser gleiche Begriffe: Engländer und Preußen sind typische Erscheinungen des alten germanischen „Kauftischen Dranges“. Aber während die Engländer als Inselvolk — Spengler geht immer von dem schöpferischen Charakter der Landschaft aus — den organisierten Staat verneinen und an seine Stelle im alten Willingengeist Freihandel und Liberalismus setzen, hat sich bei den Bewohnern der Mark und des flävischen Ostens die preußische, die sozialistische Ethik (Sittenlehre) entwickelt. Sie lautet: „Es handelt sich im Leben nicht um das Glück. Tu deine Pflicht, indem du arbeitest.“ So erhält das spöttische Wort der Franzosen „für den König von Preußen arbeiten“ erst seinen wahren Sinn und der Sozialismus seine tiefste Bedeutung: „Wille zur Macht, Kampf um das Glück, nicht des Einzelnen, sondern des Ganzen. Friedrich Wilhelm I. und nicht Marx ist in diesem Sinne der erste bewusste Sozialist gewesen.“

Die andere politische Wirklichkeit, England — die übrigen Nationen erscheinen bei Spengler wie verlassene Krater — entfaltete den alten nordischen Räuber- und Händlertinstinkt, eine, wie die Erfahrung lehrte, sehr wirksame Waffe zur Eroberung unseres Planeten. Werner Sombart hatte, als diese Erfahrung noch nicht vorlag, durch die Scheidung von „Händlern und Heben“ hierin bereits vorgearbeitet. Auch er hatte in Deutschland das „innere England“ entdeckt, jenen Händlertgeist, den deutsche Helden niederringen sollten und der nun ins verhängnisvolle Gegenteil umschlug.

Der Zweifler Spengler bietet uns jedoch einen sichern Trost: „Das englische Volk ist nach dem Unterschied von reich und arm, das preußische nach dem von Befehl und Gehorlam aufgebaut. Demokratie bedeutet in England die Möglichkeit für jedermann, reich zu werden, in Preußen jedoch die Möglichkeit, jeden vorhandenen Rang zu erreichen.“ Als die Hohenzollern den Osten eroberten — das war natürlich kein Räuber- und Händlertgeist — wußten sie, daß Gott ihnen eine Aufgabe erteilt hätte. Auch der deutsche Arbeiter mußte es, lediglich die Theorien von Marx hinderten ihn, die nahe Verwandtschaft zwischen seinem und dem altpreußischen Willen zu erkennen. In jedem Lande gibt es eine englische und eine preußische Wirtschaftspartei. Die deutsche Sozialdemokratie gehört zur ersteren. Nach tiefgründigen Untersuchungen entpuppen sie sich als kapitalistische und preußisch-sozialistische

Gegensätze. Der Nichtstaat England hat leider die Welt erobert, und der sozialistische Mutterstaat Preußen sie leider verloren. Trotz des Militarismus und seines müßiggeligen Beamtentums, dessen oberste Stufen jedem zugänglich waren.

Man könnte so weitfremde und verflochtene Gedankengänge als harmlose Spielereien betrachten, wenn solche Kulturgefährdungen nicht auch eine recht bössartige Seite zeigte. Sie offenbart sich in Anwürfen gegen die Revolution und die Sozialdemokratie, wie sie täglich in den Spalten der reaktionären Presse auftauchen. Nur erscheinen sie bei Spengler in verbüllenden Theilen und schillernden Geistreichheiten. Marx „war nur der Stiefvater des Sozialismus“, die Mehrheitspartei des Reichstages zeigte sich 1917 „als ein Verein von 200 Mitgliedern“, und der Revolution fehlte nur die eiserne Faust Bebel's, „der mit seinem starken Wirklichkeitsinn eine Diktatur von links oder rechts gefordert und erreicht hätte“. Weil Bebel fehlte, „mit Notwendigkeit im November 1918 der Aufstieg des marxistischen Proletariats... auf die Revolution der Dummheit folgte die der Gemeinheit; es war wieder einmal nicht das Volk, nicht einmal die sozialistisch geschulte Masse, es war das Gad mit dem Literatengeschmeiß an der Spitze, das wieder einmal in Aktion trat.“

Es gilt also „den deutschen Sozialismus von Marx zu befreien“ und durch den Spengler-Skeptizismus zu ersetzen. Schwer ist das nicht, „denn wir Deutschen sind Sozialisten, auch wenn niemals davon geredet worden wäre. Die anderen können es gar nicht sein.“

Diese Stichproben aus der Ueberwindung des unsozialistischen Marxismus und der Umwertung in den altpreußischen Junker-Sozialismus dürften genügen, um zu zeigen, in welche Abgründe der deutsche Geist gewisser Schichten geraten ist. Vor fünf Jahren wäre ein so oberflächliches Machwerk wohl geschraubter Beweiskführung wie das Spengler'sche Buch dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen. Nicht wegen seiner verfliegenen Tendenz und kramphastigen Bemühung, eine wirklichkeitsfremde These vermittels ausgefeilter Geistesfertigkeiten beweisen zu wollen, sondern weil hier ein ernsthaft sein wollender Schriftsteller eine völlige Unkenntnis des behandelten Gegenstandes zeigt. Herr Spengler weiß weder etwas von der sozialistischen Theorie noch von ihrer Entwicklung, geschweige denn von der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Praxis der deutschen Arbeiterklasse. Aber diese Nichtwissen von Tatsachen machen sich leicht! Aus der Tiefe ihres Bewußtseins verarbeiten sie „Ideen“ — sie sind oft nur Einfälle — und verlangen dann von anderen, die sich mit den Dingen selbst, oft zeit ihres Lebens gründlich befaßt haben, sie als höchste Eingebung deutschen, über alle Völker erhabenen Geistes zu bewundern.

Die Sozialdemokratie kann über solche kindische Spielereien lachen, aber sie bebauert die Volkstreue, die, statt den Sozialismus an den Quellen zu studieren, ihn durch Vermittlung von angeblichen Sozialisten kennenlernen.

## „Unabhängige“ gegen Wilhelms Auslieferung.

Das Münchener Parteiorgan der „Unabhängigen“, der „Kampf“, veröffentlicht einen Artikel zur Frage der Bestrafung Wilhelms II. durch die Entente, in dem die juristische Unmöglichkeit der Forderung nachgewiesen wird. Von Interesse ist, was der Verfasser über die sozialistische Seite der Angelegenheit schreibt:

„Als Sozialisten aber müssen wir die stärksten Bedenken gegen die Strafverfolgung Wilhelms II. haben. Obwohl wir nicht leugnen, daß einzelne zum Kriegsausbruch wesentlich mitgewirkt haben und nicht zuletzt Wilhelm II., so sind wir doch der Ueberzeugung, daß letzten Grundes der Krieg aus dem ganzen kapitalistisch-imperialistischen, machthungrigen Zeitgeist entsprungen ist, dem gegenüber die einzelnen Kriegshelden nur die Exponenten dieses Geistes sind. Deshalb müssen wir fürchten, daß mit der Aburteilung Wilhelms II. dieser als Sündenbock erscheinen wird, auf den man die gesammte Schuld der kapitalistisch-imperialistischen Welt häuft, ihn mit dieser beladen „in die Wüste“ schießt, so daß allmählich sich das der Wahrnehmung entzieht, was das Grundübel unserer Zeit ist, was die tiefste Kriegursache bedeutet: der Machtfanatismus, die innen- und außenpolitische arrogante Gewaltpolitik der herrschenden Gesellschaftsklassen. Alles in allen wäre unseres Erachtens die leidlichste Lösung der Kaiserfrage gewesen die Aburteilung vor einem neutralen Gericht. Dann wäre eine höhere Gewähr dafür geschaffen, daß die ententistische Welt die Verurteilung Wilhelms II. nicht zur Rechtfertigung ihrer kapitalistischen Leiden missbraucht. Gar zu leicht wird übersehen, daß Wilhelm II. durch das Vorgehen der Entente in eine Rolle gebracht werden kann, die ihn als Märtyrer erscheinen läßt. Unsere Mitmenschen warten natürlich nur darauf, weil sie hoffen, auf diese Weise einen Resonanzboden für ihre reaktionären Bestrebungen zu finden.“

Die hier vertretene Ansicht deckt sich vollständig mit der unseren. Wenn wir uns gegen eine Auslieferung nicht nur Wilhelm II., sondern auch der übrigen auf der Liste stehenden 900 Deutschen wenden, so geschieht das nicht aus Sympathie mit einzelnen Personen, sondern es geschieht sowohl aus Gründen der internationalen Gerechtigkeit, die von Sozialisten in erster Linie hervorzuheben und zu unterstreichen sind, sowie aus der Erwägung, daß Personen am Ausbruch eines Krieges nur in unmittelbarer Schuld beteiligt sein können. Die „Unabhängigen“ sollten sich deshalb auf den Boden dieser Ausführungen ihres Münchener Parteiorgans stellen, und, wenigstens für die gegenwärtige schwere Zeit, ihren sinnlosen Kampf gegen die Regierung einstellen.

## Die kommunistische Parteispaltung.

Aus der wiedererschienenen „Roten Fahne“ geht hervor, daß die Spaltung der Kommunisten eine vollendete Tatsache geworden ist. Die Richtung der Zentrale tritt ein für Beteiligung an den Betriebsratswahlen, für Mitarbeit in den Gewerkschaften und wahrscheinlich auch für allgemeine Beteiligung an den politischen Wahlen. Die Minderheit, deren Führung im Bezirk Nord-West zu liegen scheint, lehnt den Parlamentarismus in der gegenwärtigen „revolutionären Epoche“ grundsätzlich ab, bekämpft die Gewerkschaften als „unabänderlich gegenrevolutionär“, verlangt ihre Zerkümmern und den Aufbau von Arbeiterunions für den wirtschaftlichen Massentamp; sie boykottiert die gesetzlichen Betriebsräte und fordert revolutionäre Räte, die aus dem aktiven revolutionären Kampf entstehen müssen. Die Anhänger dieser Lehre sind vom Zentralkomitee ausgeschlossen worden und werden zum nächsten kommunistischen Parteitag nicht mehr zugelassen.

Der Spaltungsgeist hat also weitergegriffen: nachdem die „Unabhängigen“ die einige Sozialdemokratie zerstört haben, haben die Kommunisten die U. S. P. D. gesprengt, und jetzt haben die Kommunisten-Syndikalisten die K. P. D. gesprengt. Es lebe die nächste Spaltung!

Ein Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der kommunistischen Internationale macht übrigens die schöne Entdeckung, daß das Weltkapital durch die deutschen Sozialpatrioten verraten worden sei. Wen wir alles verraten haben! Man sollte es nicht glauben.

## Aus dem Freistaat Lübed.

Donnerstag, 12. Februar.

Spartakisten und Antisemiten, die beiden reaktionärsten Parteien, berühren sich auch in der Geldbewertung und Kasse. Vor einiger Zeit kamen in Berlin einige hochgewinnliche Stillsätze auf den üblichen Einfall, durch gekünsteltes Ubertreiben von Papierstreifen ihre Wert gegen die verhasste Regierung auszutoben. Sie waren so zusammengelassen, daß man eine Lorche herausziehen konnte. Diese geniale Erfindung ließ die Judenbeher nicht ruhig schlafen. Ihre geistige Armut konnte jedoch diejenige von Spartakus nicht ausstechen, und so versetzten sie auf das plumpere, aber bequemere Mittel, die Markscheine gleich mit einem größeren Papierstück zu bekleben. Schwarz umrandet beklebt die hinterlistige Gesellschaft unser Geld mit folgendem Giftpilger:

Wer hilft dem deutschen Volke, zumal den Gebildeten, die Augen zu öffnen über die Notwendigkeit sachlicher Erörterung der deutschen Judenfrage? Es handelt sich hier nicht um eine Religionsfrage, sondern um den Begriff der Rasse. Wollen wir die moderne Erkenntnis der Wissenschaft nicht für unsere vaterländische Betätigung nutzen?

## Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Komperi.

10. Fortsetzung.

„Was da geschrieben steht“, sagte Sarah fast heiter, „ist heilig. Werde ich mit dir streiten? Du verstehst mehr als ich, und ich bin nur ein unwissendes Weib!“

„Und da soll ich Jan Schusters Sohn —“ fuhr Wolf ingrämig auf.

„Greifere dich nicht, Wolf“, unterbrach ihn Sarah, „das Kind hat ja doch nichts Schlechtes getan.“

„Aber ich bin schlecht“, rief Wolf und schlug dabei an seine Brust wie für eine begangene Sünde. „Ich bin schlecht, daß ich das zugeben konnte, und das Unglück muß über uns hereinkommen, denn so läßt Gott mit sich nicht umgehen, daß man seinen heiligen Sabbat verhöhnt und entweihet.“

Da flammte eine lichte Rote in Sarahs Antlitz auf.

„Wolf“, sagte sie mit einem vollen Ernst ihres Wesens, „wenn einer es weiß, daß Gott in der ganzen Sache mit Jan Schusters im Spiele ist, so bin ich es. Von der Stunde an, wo wir den Knaben aus dem Wasser herausgetragen, bis jetzt — bis zu deiner Handlung, habe ich das gewußt. Und du hast großes Unrecht gehabt, sage ich dir, weil ich weiß, die Sache kommt von Gott, die Hand aufzuheben gegen das arme Waisenkind — und es zu schlagen.“

Ihre Stimme sank zu leisem Weinen herab; sie vermochte nicht weiter zu sprechen.

„Der Knabe hat mich gereizt“, sagte Sarah mit unsicherem Tone, „und es hat mich der Zorn überwältigt, wie ich die Frechheit gelehrt habe.“

„Das nennst du ein frech' Wesen“, rief Sarah, „wenn Christian dir das Gewürzbüchchen für den Handala reicht und will dir dazu das Licht anzünden? Hast du bemerkt, daß das Kind dabei gelacht oder eine Miene gemacht hat, die auslief wie Spott? Hast du überhaupt schon bemerkt, daß das Kind lacht, wenn es etwas sieht an dir oder mir, was ihm als Jan Schusters Sohn nicht angeht? Ich will dir sagen, Wolf, mein Mann, woher das kommt. Weil das Kind gewahrt wird, wir lachen auch über sein Heiliges nicht! Und ich meine, vieles möchte in der Welt nicht geschehen, und es wäre überall Friede und Fröhlichkeit, wenn alle Menschen sich so verhalten möchten. Was ist mein Stolz und meine Freude an Christian? Daß ich sehe, er ist so geworden, wie ich ihn gewollt habe. Und wenn er einmal hinaus geht in die Welt und sie werden ihn mit ihrem Hass und ihrer Spottlust anreden wollen, da wird er sagen: Ich habe einmal einen guten Mann kennengelernt und sein Weib Sarah gekannt, und die haben

mir eingeschärft, nicht zu lachen über sie, wie sie mich auch gelehrt haben, daß sie über mich nicht lachen. Und weil mir Gott dieses Kind wie durch ein Wunder zugeführt hat, so ist bei ihm oben, dem Allmächtigen, kein Unterschied zwischen Gemeinem und Heiligem, und alles ist heilig oder alles ist gemein, je nachdem es die Menschen nehmen.“

Erstarrt von dem diesen Reden sank Sarah in einen Sessel zurück. Wolf Ungar aber war wunderbar erarrt; niemals, seitdem er Sarah kannte, hatte er ähnliche Worte aus ihrem Munde vernommen. Er fuhr gleichsam willenlos auf dem Strome dieser Rede, die sein Ohr in fast unbegreiflicher Weise festhielt, und fühlte doch andererseits, daß er einen Untergrund finden mußte.

„Bist du dessen so gewiß, Sarah“, fragte er nach einer Weile, bebend vor innerer Erregung, „daß Jan Schusters Kind so wird, wie du dir es vorstellst?“

Sarah schüttelte den Kopf.

„Ich weiß es noch nicht“, sagte sie leise.

„Und doch willst du, daß Jans Kind mir ans Herz gewachsen sein soll?“

„Ich hab' mich einmal zu seiner Mutter gemacht“, meinte Sarah, „und da muß ich auch hoffen und warten, daß das Kind gut wird.“

Wolf schweig; seine Stirn war in Schweiß gebadet. Er suchte vergebens nach einem Ausgange aus diesem Wirral widerstreitender Gedanken und Gefühle. Da fielen ihm die am heutigen Vormittage beim „Benschen“ gehörten Worte der Tante Breindel ein.

„Es ist gegen die Natur!“ rief er, wie von einer schmerzhaften Last aufatmend, „es ist gegen die Natur! Gott will nicht, daß das Lamm weidet neben dem Wolf und der Löwe neben der Taube sitzt. Es ist gegen die Natur und gegen das Blut, und es will sich nicht vertragen; es ist, wie wenn du in eine Milch Eska gießest. Und was gegen die Natur ist, danor hat Gott selbst eine Sühne, und es muß Unglück bringen.“

Und da er bemerkte, wie Sarah bei diesen Worten von einem Schauer erfasst ward, ermannete er sich noch mehr und rief mit der vollen Stärke seiner Stimme:

„Ja! Unglück... und Gott der Lebendige soll uns beschützen und bewahren, daß es nicht zu bald kommt. Nur glaube nicht, daß es sich befinden wird, wenn es kommen will. Der Blick fährt nicht so schnell herunter als so ein Unglück, und wenn du dann meinen wirst, Sarah, dann laß ich dir: es ist zu spät!“

Sarah war still nach diesen Worten; viele Tränen rollten über ihre Wangen herab.

Wichtiglich richtete sie sich auf.

„Wißt du, daß ich das Kind gleich auf der Stelle vor das Haus setze?“ rief sie mit wildrollenden Augen. „Wißt du?“

„Sarah, um Gotteswillen!“ sagte Wolf.

„Soll ich das Kind noch heute in der Nacht forttragen? Sag' ein Wort, und wenn es draußen kühlt und hagelt, als wolle die Welt untergehen, ich jage ihn fort“, rief sie außer sich.

„Darf ich meinen Schwur brechen?“ sagte Wolf Ungar tief erschüttert.

„Wolf! Das will ich dir all meine Tage nicht vergessen!“ rief Sarah und sank laut schluchzend in den Sessel zurück.

Wolf Ungar, der Gemeindediener, und Sarah waren in der „Gasse“ viel zu geringe Persönlichkeiten, als daß man dem, was in den engen Räumen ihres Hauses sich zutrug, mit anhaltender Aufmerksamkeit gefolgt wäre. Den meisten war die Erscheinung Christians innerhalb des Hauswesens ihrer Familie eine Tatsache geworden, über die sie nicht weiter nachdachten. Sie betrachteten den fremden Knaben gleichsam im dienstlichen Verhältnis zu Wolf Ungar stehend, und sie hatten gar nichts dagegen, daß der Gemeindediener sich einen „Diener“ hielt, der am Freitagabend die Lichter in der Synagoge anzündete und nach dem Gottesdienste sie wieder auslöschte. Nur die wenigsten ahnten, daß diese einfache, selten beachtete Sarah den ganzen Ernst ihres Lebens an eine Aufgabe legte, die, je weiter sie sich ihrer Entwicklung näherte, eine stets höher gehende Flut von Kämpfen herbeirief; die wenigsten ahnten, mit welcher Wucht dieses fremde, verlassene Kind eines anderen Glaubens an dem Frieden Wolf Ungars und seiner Frau Sarah hing.

Um jeden Kämpfer für eine Sache des Gemütes oder eines bedenkenamen Gedankens liegt eine grauenhafte Vereinsamung. Von seiner Stirne leuchtet ein Licht, von dem die meisten wie vor einem geheimnisvollen, nicht zu erklärenden Schimmer schon zurücktreten. Und Sarah kämpfte allein!

Es muß übrigens gesagt werden, daß seit jenem Sabbatabend zwischen den beiden Eheleuten in Beziehung Christians niemals mehr ein Wort der Erbitterung fiel. Stillschweigend nahm Wolf von diesem Augenblicke die, nicht mehr zu überbrückende Tatsache hin; er war nicht beschwichtigt, viel weniger beruhigt. Er sah Sarah keinen Widerstand entgegen, aber er unterließ sie auch nicht. Er bewunderte ihre Ausdauer und Geduld, aber er tat sich auch etwas zu gut darauf, daß er seinen Schwur hielt. Im übrigen hielt er fest an dem niemals wieder aus seiner Seele zu fahrenden Spruche: was Sarah tue, sei gegen die Natur und werde nicht gut endigen.

